

Ausgabe vom 31. Juli 2026

Kein Grund für Alarmismus

Jutta Rüdlin

erklärt, weshalb Insolvenzen trotz steigender Zahlen zur Wirtschaft gehören und wie ein sachlicher Umgang mit unternehmerischem Scheitern Schlimmeres verhindern kann.

Die Insolvenzzahlen in Deutschland steigen. Nach Angaben des Statistischen Bundesamtes lag die Zahl der beantragten Unternehmensinsolvenzen im April 2026 bundesweit um 7,1 Prozent über dem Vorjahresmonat. Laut Creditreform stiegen die Fälle im ersten Halbjahr 2026 um 7,8 Prozent auf 12.900 Verfahren. Auch Hessen folgt diesem Trend. Dennoch gibt es keinen Grund für Alarmismus. Ein Blick auf die langfristige Entwicklung zeigt: Von den Höchstständen der Finanzkrise 2009 sind wir weiterhin deutlich entfernt. Die aktuellen Zahlen müssen im richtigen Zusammenhang betrachtet werden. Während der Corona-Pandemie wurden Insolvenzen durch umfangreiche staatliche Hilfen und die zeitweise Aussetzung der Insolvenzantragspflicht auf einem ungewöhnlich niedrigen Niveau gehalten. Ein Teil des heutigen Anstiegs ist deshalb eine Normalisierung. Hinzu kommt, dass viele Unternehmen noch immer unter den Nachwirkungen der Pandemie leiden. Rückforderungen von Corona-Hilfen treffen insbesondere Betriebe, die bereits zuvor wirtschaftliche Schwierigkeiten hatten.

Gleichzeitig stehen viele Unternehmen unter erheblichem Druck. Hohe Energie- und Personalkosten, eine verhaltene Konsumstimmung und anhaltende wirtschaftliche Unsicherheiten



Die Gastautorin ist Anwältin und Insolvenzverwalterin, Gesellschafterin der Pluta Rechtsanwalts GmbH sowie Vorstandsmitglied des Berufsverbandes, Verband Insolvenzverwalter und Sachwalter Deutschlands e.V.

erschweren die Geschäftsentwicklung. Besonders betroffen sind in Hessen das Baugewerbe und der Kraftfahrzeughandel. Bundesweit verzeichnen auch das Gastgewerbe und der Einzelhandel überdurchschnittlich viele Insolvenzen.

Den einen Auslöser für eine Insolvenz gibt es jedoch selten. Gut aufgestellte Unternehmen haben sich in den vergangenen Jahren gegenüber zahlreichen Krisen als widerstandsfähig erwiesen. Externe Ereignisse wie der Iran-Krieg wirken häufig eher als Katalysator. Sie bringen bestehende Schwächen schneller zum Vorschein, sind aber selten deren eigentliche Ursache. Häufig liegen die Gründe in einem nicht mehr tragfähigen Geschäftsmodell, einer verschleppten Transformati-

on oder zu spät getroffenen unternehmerischen Entscheidungen.

Ein Insolvenzverfahren bedeutet aber nicht zwangsläufig das Ende eines Betriebs. Es kann auch Perspektiven bieten. Im Rahmen eines Verfahrens kann ein Unternehmen saniert werden. Aber auch Firmen, die nicht gerettet werden können, gehören zu einer funktionierenden Marktwirtschaft. Sie schaffen Raum für Erneuerung, indem Arbeitskräfte, Kapital und Know-how aus nicht mehr wettbewerbsfähigen Unternehmen in produktivere und innovative Betriebe wechseln. Dieser Strukturwandel ist schmerzhaft, langfristig aber notwendig.

Entscheidend ist deshalb ein nüchterner Blick auf die Entwicklung. Nicht jede Insolvenz ist vermeidbar, und nicht jede Insolvenz ist Ausdruck einer allgemeinen Wirtschaftskrise. Umso wichtiger ist ein sachlicher Umgang mit unternehmerischem Scheitern. Wer unternehmerische Risiken eingeht, kann trotz sorgfältigen Handelns scheitern. Solange Geschäftsleitungen ihre Pflichten erfüllen, rechtzeitig handeln und transparent agieren, sollte eine Insolvenz nicht als Makel gelten.

Für Unternehmen gilt: Wer die eigene wirtschaftliche Lage frühzeitig analysiert und sich bei ersten Anzeichen einer Schieflage beraten lässt, erhöht die Chancen auf eine erfolgreiche Sanierung erheblich.